

Erklärung 7. August 2001

Junkermann: Sexuelle Orientierungen dürfen nicht zum Maßstab beruflicher Beurteilung werden

Die Personaldezernentin im Evangelischen Oberkirchenrat, Ilse Junkermann, hat am 7. August in Stuttgart erklärt, dass homosexuelle Pfarrerinnen und Pfarrer auf den Schutz der Arbeitgeberin Kirche bauen können. Auf Grund aktueller Diskussionen werde in der Öffentlichkeit teilweise unterstellt, Pfarrerinnen und Pfarrer würden aufgrund sexueller Orientierungen diskriminiert. Dieses Bild von Kirche, so Personaldezernentin Ilse Junkermann, sei aus der Geschichte heraus verständlich. Die Kirche sei über Jahrhunderte daran beteiligt gewesen, wenn gleichgeschlechtlich liebende Menschen verfolgt und abgelehnt wurden. Ein langer und differenzierter Diskussionsprozess sowohl in der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) wie auch in der Evangelischen Landeskirche in Württemberg seit Mitte der neunziger Jahre habe dazu beigetragen, dass sie heute als Personaldezernentin sagen könne: „Sexuelle Orientierungen dürfen nicht zum Maßstab beruflicher Beurteilung werden.“

Jeder Pfarrer und jede Pfarrerin habe Anspruch auf entsprechenden Schutz durch die Kirchenleitung. Die Personaldezernentin betonte ausdrücklich, dass es unter den knapp 2500 württembergischen Pfarrerinnen und Pfarrern auch Kolleginnen und Kollegen gebe, „die homosexuell orientiert sind“. Genauso gebe es Kirchengemeinden, „die die Zusammenarbeit mit Pfarrerinnen und Pfarrer durch diese sexuelle Orientierung nicht in Frage gestellt sehen, die vielmehr den Dienst ihres Pfarrers oder ihrer Pfarrerin schätzen.“ Ilse Junkermann verwies ausdrücklich auf zwei von sieben Punkten die sie im Herbst vergangenen Jahres vor der Synode als interne Richtschnur vorgetragen habe. Darin heißt es:

- „1. Homosexualität stellt die Eignung für den Dienst als Pfarrerin und Pfarrer nicht grundsätzlich in Frage. Entscheidend ist, dass dadurch die Ausübung des Dienstes nicht behindert wird.
2. Die kirchlichen Anstellungsträger haben keinen Anspruch darauf, über das Sexuelleben der Bewerberinnen und Bewerber bzw. der Amtsinhaberinnen und Amtsinhaber Auskünfte zu verlangen und diese auszuforschen.“

Ilse Junkermann stellte fest, dass der Dienst eines Pfarrers oder einer Pfarrerin nicht durch die sexuelle Orientierung des Kollegen oder der Kollegin qualifiziert sei, sei sie homo- oder sei sie heterosexuell. Allerdings gelten auch für Pfarrerinnen und Pfarrer, die gleichgeschlechtlich lieben, die gleichen Maßstäbe und Regeln, die für alle Pfarrerinnen und Pfarrer gelten: Die Person des Pfarrers oder der Pfarrerin dürfe es nicht unmöglich machen, dass in der Gemeinde das Wort Gottes verkündet und der Dienst ausgeübt werde. Sollte es in der Gemeinde auf Grund der Person zu so starken Auseinandersetzungen kommen, dass eine Ausübung des Dienstes wesentlich in Frage gestellt sei, so müsse der Oberkirchenrat in Beratung mit dem betroffenen Pfarrer oder der betroffenen Pfarrerin und im Gespräch mit der Kirchengemeinde eine Lösung suchen, die ermöglicht, dass die Kollegin oder der Kollege weiterhin seinen Dienst ausüben kann. Wesentlicher Gesichtspunkt sei dabei, dass das Wort Gottes ohne Ansehen der Person des Pfarrers oder der Pfarrerin der ganzen Gemeinde verkündigt werden kann und dass Pfarrer oder Pfarrerin grundsätzlich einen Zugang zu den Menschen der Gemeinde behält. Falls keine solche Lösung gefunden werden kann, muss – wie in vergleichbaren

Konfliktvorgängen auch – der Pfarrer oder die Pfarrerin die Stelle wechseln/seine Stelle verlassen.

Äußerungen in der aktuellen Diskussion über die eingetragenen Lebenspartnerschaften homosexueller Menschen zeigen, dass in der Gesellschaft weiterhin eine große Ablehnung homosexueller Menschen bestehe. Deshalb begrüße sie ausdrücklich Regelungen, die der Diskriminierung Homosexueller wehren, erklärte Ilse Junkermann. Andererseits zeige die Debatte aber, dass die Gesellschaft – und so auch die Kirche als Teil dieser Gesellschaft – in dieser Frage nicht einheitlicher Meinung sei. Vordringliche Aufgabe der Kirche sei es, das Thema Homosexualität aus den Zonen der Tabuisierung und der Diskriminierung herauszuholen und Räume wie Beiträge für dessen öffentliche Diskussion zu bieten. Dabei müsse die Kirche deutlich machen, dass auch in dieser Frage der Lebensführung das Evangelium von der freien Gnade Gottes für alle Menschen gelte: Kein Mensch stehe vor Gott ‚besser‘ oder ‚schlechter‘ als ein anderer da, auch und schon gar nicht aufgrund seiner sexuellen Orientierung. Wesentliche Beiträge zu einem solchen Gespräch sowohl innerhalb wie außerhalb der Kirche seien sowohl in der EKD wie auch in der Evangelischen Landeskirche in Württemberg erarbeitet.